

Pfister wählen, Schweiz schwächen

Von David Biner

Die Wahl des neuen Mitte-Bundesrats ist der Offenbarungseid des Parlaments gegenüber Brüssel. Die FDP lässt die Linke wieder vom EU-Beitritt träumen.

Es war der längste Moment in der Karriere des schnellen Markus Ritter. Ewig dauerten die Minuten, bis die Stimmzähler wieder in den Saal kamen und die Ratspräsidentin offiziell bekräftigte, was schon alle wussten. Gewählt ist: nicht Markus Ritter.

Jede Bundesratswahl hat ihre eigenen Geschichten. Viele davon konnte man am vergangenen Mittwoch zwischen den beiden Wahlgängen beobachten. Da sass der sichtlich mitgenommene Ritter. Man sah die Aura des unbesiegbaren Bauernpräsidenten davonfliegen, weit hinauf, irgendwo unter die trübe Glasdecke. Seine verbliebenen Mitstreiter standen mit gesenktem Kopf um ihn herum, die Hände in den Hosentaschen, wie ein Jodlerklub an einem Beerdigungsgottesdienst. Um Ritters Niederlage zu verstehen, musste man indes in die Gesichter der Sieger blicken.

Die Freisinnigen schwelgten im Triumph, stolz, siegessicher, süffisant. Die St. Galler FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher und ihre Mitte-Kollegin Nicole Barandun fassten einander an den Oberarmen. Wie zwei Gymnasiastinnen, die gemeinsam auf das Resultat der Maturaprüfung warten – wissend, dass sie bestanden haben. Sie haben es dem Oberlehrmeister aus dem Rheintal so richtig gezeigt – best friends forever, zumindest für einen Vormittag.

Pfister nimmt Bundesrat in die Pflicht

Vincenz beglich eine persönliche Rechnung mit Ritter, weil dieser bei den vergangenen St. Galler Ständeratswahlen nicht sie, sondern die SVP-Kandidatin Esther Friedli unterstützt hatte. Barandun und ihre Kolleginnen nahmen es Ritter übel, dass er seine (mehr als berechtigten) Zweifel am Willen und vor allem an den Fähigkeiten der Mitte-Frauen für die Amherd-Nachfolge im Verteidigungsdepartement (VBS) mit der ganzen Schweiz teilte. Politik ist ein People-Business, Bundesratswahlen besonders. Aber Ritters Resultat war mehr als ein Haufen schmutziger Wäsche.

Tief unter den zwischenmenschlichen Beziehungen der 246 Ratsmitglieder kam es bei diesen Bundesratswahlen zu tektonischen Vorgängen, die erst richtig klarwurden, als der neue Mitte-Bundesrat, der Zuger Regierungsrat Martin Pfister, wenige Stunden nach seinem Sieg vor die Medien trat. Es sei eine der Hauptaufgaben des Bundesrats, die Verträge mit der EU «mehrheitsfähig» zu machen, sagte Pfister. Damit ging der neue weiter als die bisherigen Bundesräte, sogar weiter als die EU-Turbos Beat Jans («Bundesrat wird noch über Unterzeichnung entscheiden») und Viola Amherd («Die Debatte in der Schweiz ist lanciert»).

Der neue Bundesrat geht weiter als die bisherigen, sogar weiter als die EU-Turbos Jans und Amherd.

Die Sprachregelung in der Landesregierung ist zurückhaltender – und umstritten. Zwischen den Stäben von Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter und Justizminister Jans soll es deshalb auch schon zu Spannungen gekommen sein. Die Frage, wie die Bundesräte ausserhalb der wöchentlichen Sitzungen über das EU-Dossier sprechen

dürfen, gestaltet sich so kompliziert, dass Bundesratssprecher Andrea Arcidiacono auch deswegen hingeschmissen hat. Sein Chef, Kanzler Viktor Rossi, musste sich wegen des frühen Abgangs seines Vizes vor dem Bundesrat erklären. Viel Dampf im Kessel, noch bevor die Debatte draussen überhaupt so richtig losgeht.

Die Bundesräte wissen genau: Landesweit warten Arbeitsgruppen und Expertengremien, die die Verträge auf die Kommatstelle genau prüfen werden – unter anderem Markus Ritter und sein Bauernverband. Im Wahlkampf hatte er in Aussicht gestellt, als Bundesrat die Reissleine zu ziehen oder zumindest korrigierend einzugreifen, falls der Widerstand im Rahmen der Vernehmlassung zu sehr anschwellen sollte. Allein das Hinterfragen des laufenden EU-Anbindungsprozesses war ein Tabubruch und schliesslich der Hauptgrund, warum der geradlinige Mitte-Mann ins Straucheln geriet.

Dass sich sein Konkurrent Pfister nun hinstellt und seine künftigen Bundesratskollegen beim EU-Dossier dermassen in die Pflicht nimmt (und vor den Kopf stösst), war kein kommunikativer Anfängerfehler, sondern das Wahlversprechen, das er gegenüber seinen Wählern nun einlösen will. Bei den Hearings hat er klargemacht, dass er das Ständemehr und damit das Veto-Recht der Kantone bei dieser weitreichenden Abstimmung übergehen wolle. Die Wahl des Zegers ist der Offenbarungseid des Parlaments gegenüber Brüssel. Schweiz schwächen, Pfister wählen – die Classe politique in Bundesbern hat ihren Entscheid längst getroffen. Hinter verschlossenen Türen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Ritter: Mehr Stimmen von SP als von FDP?

Über die genauen Stimmabgaben lässt sich aufgrund des Wahlgeheimnisses nur spekulieren. Gleichwohl ergibt sich aus zahlreichen Gesprächen in allen Lagern folgendes Bild: Von den 110 Stimmen, die der unterlegene Ritter im zweiten Wahlgang erhalten hat, dürften rund 72 von der SVP-Fraktion kommen, etwa 28 aus der Mitte-Fraktion. Die restlichen zehn Stimmen verteilen sich womöglich auf die SP und ein paar FDP-Ständeräte. Es liegt im Bereich des Möglichen, dass Ritter vom Economiesuisse-nahen Freisinn weniger Stimmen erhielt als von der SP. Stoff für Dolchstosslegenden.

Das äusserst disziplinierte Wahlverhalten – weder ungültige noch leere Stimmen – legt zudem den Schluss nahe, dass die Ansagen innerhalb der Fraktionen sehr klar waren oder zumindest entsprechend verstanden wurden. Die vermeintliche «Überraschung» war weder Unfall noch Wunder, sondern der Plan des Parlaments. SP, Grüne, GLP, die Mitte-Frauen sowie die FDP (praktisch en bloc) dürften sich für den bis dato völlig unbekanntenen Pfister ausgesprochen haben.

Markus Ritter hat sich als Ausmister präsentiert, der die Neutralität, die Verteidigungsfähigkeit des Landes und die gefährdeten Steuermilliarden in den Beschaffungsprojekten retten will. Aber das Parlament wollte keinen starken VBS-Chef, sondern einen politischen General der goldenen Sterne (auf blauem Grund). War Pfisters Wahl der Testlauf für die Europapolitik, sogar die Blaupause für den EU-Beitritt? Das Vertragswerk mit Brüssel dürfte dereinst von der gleichen Allianz in beiden Räten abgenickt werden.

Die Gewerkschaften sind gerade dabei einzuknicken. Ob die FDP-Basis bei der geplanten Urabstimmung im Sommer den Aufstand gegen die eigene Partielite in Bundesbern proben wird, ist fraglich. Man wird den Delegierten zuvor einbläuen, dass ein EU-Schisma zwei Jahre vor den Wahlen 2027 nicht im Sinn der Partei sei. Thierry Burkart, seit seinen jungen Jahren als Kantonsrat ein EU-Skeptiker, hat sich längst aufgegeben. Der FDP-Präsident hat bereits begonnen, die SVP, die mit

Abstand grösste Partei des Landes, als Putin-Versteherin zu diffamieren. Gleichzeitig stellt Burkart die USA, die grösste Demokratie der Welt, in die Autokratie-Ecke.

Burkart plädierte jüngst dafür, bei Rüstungsgeschäften seien europäische gegenüber amerikanischen Anbietern zu bevorzugen. Ami go home, EU first – auf den Freisinn ist in diesen Stunden der Wahrheit kein Verlass mehr, FDP: die Pilet-Golaz-Partei. Die Bundeshausfraktion wird dominiert von den EU-Turbos um den Milliardenenerben Simon Michel, von welschen Multilateralisten wie Fraktionschef Damien Cottier, der in der Nacht der langen Messer mit Freunden der SP und Grünen tafelte. Dazu die FDP-Frauen, die – wie die in der Mitte – offenkundig besonders empfänglich sind für Politik, die so tönt wie eine Paartherapie: «bilateralen Weg stabilisieren und weiterentwickeln».

Fernziel EU-Beitritt rückt näher

Die Schweiz-Müdigkeit der FDP hat die Instinkte der Linken wiedererweckt. Ihre wahren Absichten treten zutage. «Angesichts der neuen Welt-Unordnung sollte man wieder über einen EU-Beitritt sprechen», sagte Grüne-Präsidentin Lisa Mazzone in der vergangenen «Samstagsrundschau» von SRF. Als EU-Mitglied könne die Schweiz einen sicherheitspolitischen «Beitrag leisten und Solidarität zeigen», so die 2023 abgewählte Genfer Ständerätin. Auch Roger Nordmann, ebenfalls bald Ex-Parlamentarier, will, dass die Schweiz der EU beitrifft.

Der Waadtländer, der nach über zwanzig Jahren als SP-Nationalrat zurücktritt, sagt bei «Sous la coupole», dem Podcast der Westschweizer Zeitung Le Temps, dass er dafür sei, die Abschaffung der Armee sowie die Überwindung des Kapitalismus aus dem Parteiprogramm der Sozialdemokraten zu streichen. Am EU-Beitritt, eine weitere Illusion im SP-Papier, will Nordmann festhalten. Der Mitbestimmungsgrad der Schweiz sei viel höher, wenn sie mit den EU-Staaten am gleichen Tisch sitze, so Nordmann, dessen Sehnsucht nach Brüssel in jungen Jahren nach dem EWR-Nein gewachsen ist.

Man kann Mazzone, Nordmann, der Schweizer Linken nicht vorwerfen, links zu sein. Aus ihrem Fernziel EU-Beitritt haben sie nie einen Hehl gemacht. Die Schweiz ödet sie an, vor allem die Bevölkerung, deren Mehrheit bei Abstimmungen stört. Nun macht der FDP-Block im Bundesparlament den linken EU-Traum plötzlich wieder mehrheitsfähig. Ist Pfisters Wahl erst der Anfang?

«Ami go home, EU first» – auf den Freisinn ist in diesen Stunden der Wahrheit kein Verlass mehr.

Wie überrascht man selbst im linken Lager über den neuen Verbündeten ist, zeigt sich im Republik-Magazin, einem ihrer Sprachrohre. Selbst Chefprediger Daniel Binswanger, dessen immergleiche Artikel jeden Samstag klingen, als schrieben wir das Jahr 1933, wittert plötzlich Morgenluft. «Die weltpolitische Bedrohungslage wird Pfisters Position der Annäherung an Europa massiv in die Hände spielen», erklärte Binswanger nach der Wahl. Einen Monat zuvor tönte es noch so: «Die Ritter-Wahl ist der Trump-Moment der Schweizer Politik.» Binswanger muss sich um sein Geschwätz von gestern nicht kümmern. Mit dieser FDP konnte wirklich niemand rechnen.

<https://weltwoche.ch/story/pfister-waehlen-schweiz-schwaechen/?postcomments>